



Landeshauptstadt  
München  
Oberbürgermeister

Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80313 München

Dieter Reiter

Herrn Ministerpräsidenten  
Horst Seehofer  
Bayerische Staatskanzlei  
Postfach 22 00 11  
80535 München

Datum  
10.10.2014

**Flüchtlingsunterbringung in Bayern  
Umsetzung der Ergebnisse des Asylgipfels vom 16.09.2014**  
Unser Zeichen: BOB-Wi-1641-3-0003

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,

heute habe ich mit dem Münchner Bündnis für Toleranz, welches mit hochkarätigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Kirche, Religion und Zivilgesellschaft besetzt ist, Gespräche mit Flüchtlingen geführt und mir einen persönlichen Eindruck der Münchner Erstaufnahmeeinrichtung „Bayernkaserne“ verschaffen können. Dem Bündnis unter meinem Vorsitz war es ein gesellschaftspolitisches Bedürfnis, ein Zeichen dafür zu setzen, dass München Flüchtlinge willkommen heißt.

Die aktuellen Entwicklungen der vergangenen Tage veranlassen mich, mich abermals an Sie zu wenden und die Dringlichkeit des Erfordernisses eines abgestimmten und zügigen Handelns des Freistaates in der Flüchtlingsunterbringung zu betonen.

Das Zusammentreffen im Rahmen des "Asylgipfels" vom 16.09.2014 war sicher ein wichtiger Impuls. Es brachte erste wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Sie werden jedoch verstehen, dass ich Ereignisse wie gestern Nacht in und um die Bayernkaserne nicht hinnehmen kann. Nur durch die besonnene Vermittlung der Landeshauptstadt war es möglich, sehr kurzfristig den Kreisjugendring München zu bitten, mit dem Kapuzinerhöfzl Unterbringungskapazitäten zur Verfügung zu stellen und eine weitere Eskalation zu verhindern.

Sie wissen, dass die Landeshauptstadt München hochkooperativ und gut mit der Regierung von Oberbayern zusammenarbeitet und Unterstützung leistet, wo es geht, um gemeinsam zu vertretbaren Lösungen zu kommen. Es ist jedoch nunmehr ein Zeitpunkt erreicht, an welchem

Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München  
Telefon: 233-92459  
Telefax: 233-27290

ich feststellen muss, dass ganz offenbar die Regierungen und Kommunen in Bayern dieses Thema nicht mehr alleine schultern können.

Unter Überschreitung von Kapazitäts- und Belastungsgrenzen aller Beteiligten werden hier am laufenden Meter provisorische Notlösungen oft lediglich für sehr begrenzte Zeiträume geschaffen. Es kann nicht sein, dass derartige Entscheidungen im Krisenmodus lediglich kurzfristige Behelfslösungen von Tag zu Tag und von Wochenende zu Wochenende bedeuten.

#### **Einrichtung eines Krisenstabes beim Freistaat**

Ich kann Sie daher nur nochmals dringend bitten, dass unter Federführung der Staatsregierung in einem einzurichtenden Krisenstab mit sämtlichen sieben Regierungsbezirken gemeinsam unverzüglich ein Modus gefunden wird, der die Situation jetzt nachhaltig entschärft. Ein Mittel- oder Langfristziel der Errichtung von Erstaufnahmeunterkünften in jedem Regierungsbezirk ist hier offensichtlich nicht geeignet, rechtzeitige Abhilfe zu schaffen.

Auch muss ich Ihnen mitteilen, dass der Kabinettsbeschluss vom 22.09.2014 im Nachgang zum ersten Treffen des Asylgipfels die Ergebnisse dieses Treffens nicht ausreichend wiedergibt. Gerade in der Asylsozialbetreuung gibt es weiterhin erhebliche Finanzierungslücken.

#### **Betreuungsschlüssel 1:100**

Nach dem Asylgipfel sollte der Betreuungsschlüssel in der Asylsozialberatung mit 1:100 sichergestellt werden. Dieses wurde nun lediglich für die Betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen beschlossen, nicht jedoch für die Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften, in denen die Bedarfe für eine adäquate Beratung und Betreuung ebenso vorliegen. Gerade zur Förderung der Akzeptanz der vielen zu errichtenden Gemeinschaftsunterkünften ist eine ausreichende soziale Betreuung zwingende Voraussetzung. Die engagierte Anwohnerschaft ist in die Asylarbeit aktiv einzubinden. Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in den Einrichtungen und die Kontaktpflege ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Betreuerinnen und Betreuer. Mit der nun gesetzlich eröffneten Möglichkeit der Arbeitsaufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern schon nach drei Monaten ab Einreise in das Bundesgebiet gibt es hier ein weiteres Beratungsfeld in der Asylsozialbetreuung. Die Förderung der Arbeitsaufnahme dient dabei auch der Einsparung im Leistungsvollzug. Viele weitere Beratungsfelder, z.B. Integration in Deutschkurse, gesundheitliche Versorgung, Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung können schon aktuell nicht ausreichend wahrgenommen werden.

#### **Eigenanteil der Wohlfahrtsverbände**

Den Wohlfahrtsverbänden wird ein erheblicher Eigenanteil im Rahmen der Bezuschussung abverlangt. So werden aktuell lediglich 70 % der standardisierten Personalkosten bei der Bezuschussung durch den Freistaat getragen und dies nur, soweit die Haushaltslage dies zulässt. Dies ist eine aus der Sicht der Landeshauptstadt München nicht zu haltende Situation. Die Asylsozialberatung ist eine Pflichtaufgabe des Freistaates Bayern. Diese Position vertritt auch der Sozialausschuss des Bayerischen Städtetages. Ich darf Sie hier an Ihre Zusage erinnern, die Finanzierung dieses Bereichs unverzüglich sicherzustellen.

Um die Träger zu entlasten und die Asylsozialberatung im Ausbau überhaupt zu ermöglichen,

ist der von den freien Trägern geforderte Eigenanteil aufzuheben. Andernfalls ist davon auszugehen, dass diese die Ausweitung ihres Einsatzes nicht mehr bewältigen können, da ihnen keine weiteren eigenen Mittel zur Verfügung stehen. Dies wäre angesichts der dramatischen Verschärfung der Flüchtlingssituation nicht zu verantworten.

Der Eigenanteil der Träger beträgt nicht nur die fehlenden 30 % an standardisierten Personalkosten, sondern auch alle Personalnebenkosten und Sachkosten. Gerade bei den Sachkosten ist ein Etat für in der Betreuung erforderliche Dolmetschereinsätze dringend angezeigt.

#### **Umgehende Eröffnung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen**

Die Erstaufnahmeeinrichtung München ist weiterhin stark überlastet. Trotz Verlegung in Entlastungsstandorte befanden sich am 30.09.2014 2.185 registrierte Personen in der Bayernkaseme. Mit den Dependancen innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes München waren 3.400 Personen erfasst.

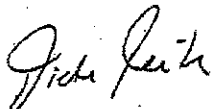
Der angespannten Situation bei der Unterbringung ist dringend durch die sofortige Eröffnung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen zu begegnen. Nur so kann den prekären Verhältnissen in den Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf wirksam abgeholfen werden.

#### **Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge**

Auch in Bezug auf die Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen muss ich an Ihre Zusage erinnern. Es ist dringend notwendig, die Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ab sofort zu realisieren. Der weitaus größte Teil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wird immer noch in München aufgenommen und nur vereinzelt mit zeitlicher Verzögerung verteilt. Die Landeshauptstadt München ist nicht mehr in der Lage, für eine ordnungsgemäße Unterbringung und Betreuung zu sorgen. Die vorhandenen Plätze sind bei Weitem überbelegt und es werden bereits Hallen genutzt. Pro Woche treffen derzeit rund 100 unbegleitete Jugendliche ein. Ende September waren bereits über 500 junge Menschen im Clearingverfahren. Damit die Verteilung erfolgreich umgesetzt werden kann, ist es notwendig, dass ausreichende Angebote für die Betreuung, Beschulung und Ausbildungsförderung in anderen Teilen Bayerns geschaffen werden.

Eine gelingende Flüchtlingsarbeit ist von zentraler Bedeutung für den sozialen Frieden nicht nur in der Landeshauptstadt München.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter Reiter